

## **Der Internationale Gerichtshof und die Klage Südafrikas gegen Israel wegen Völkermords**

Webinar 25. März 2024

Bei zehn Minuten Redezeit gibt es kein Drumherumgerede mehr: das, was uns täglich an gnadenlosen Massakern und brutalster Zerstörung in Gaza über die Bildschirme geliefert wird, übertrifft bei weitem das, was wir am 7. Oktober 2023 an Gewalt und schockierenden Grausamkeiten sehen mussten. Es ist aber nur die Explosion der Gewalt, die seit weit über 55 Jahren ein Volk mit Armee und Siedlern in einer gnadenlosen Besatzung gefangen hält. Jahrzehntlang konnte die Regierung in Jerusalem der Unterstützung und Rückendeckung durch die USA und Deutschland sicher sein, kein Gerichtshof in Den Haag konnte intervenieren und die UNO war machtlos. Das hat sich in den letzten Jahren geändert. Inzwischen ermitteln sowohl der Internationale Strafgerichtshof wie der Internationale Gerichtshof (IGH) wegen schwerer Kriegsverbrechen und Verstößen gegen das Völkerrecht gegen Israel.

Ich beschränke mich hier auf die Klage Südafrikas, die mit dem Vorwurf des Völkermords eine sofortige Einstellung der Waffengewalt vom IGH gefordert hat. Dazu konnte sich das Richtergremium nicht entschließen, und der Vorwurf des Völkermordes, wird erst in den folgenden Jahren das Gremium beschäftigen und kann lange dauern. Das Gericht erkannte aber an, dass ein Völkermord bei Fortdauer der Kampfhandlungen plausibel sei. Daher, so das Gericht, müsse Israel alle Maßnahmen ergreifen, um einen Völkermord in Gaza zu verhindern und sicherstellen, dass sein Militär keine völkermörderischen Handlungen begeht. Es müsse die Aufstachelung und Anstiftung zum Völkermord verhindern und bestrafen. Außerdem müsse es die katastrophalen Lebensbedingungen im Gazastreifen beseitigen und humanitäre Hilfe zulassen.

Der palästinensische Außenminister Riad Maliki begrüßte das Urteil, das sei „eine wichtige Erinnerung daran, dass kein Staat über dem Gesetz steht“. Doch „erinnern“ - was haben die Menschen in Gaza davon? Für sie hat Israel immer über dem Gesetz gestanden und nie auf Erinnerungen oder Mahnungen reagiert. Israel brauchte nicht zu reagieren und hat, wie wir täglich sehen können nicht reagiert, weil die USA und auch Deutschland allen Regierungen in Jerusalem den Rücken freihielten. Netanjahu hat bis heute trotz zunehmender Kritik nie auf sein Ziel verzichtet, die Hamas zu vernichten. Den Preis, den die Menschen in Gaza bisher zahlen müssen, war dem Gericht bekannt. Es hat die detaillierten Fakten des Grauens, welche Südafrika in seiner Klage vorgelegt hat, nicht in Zweifel gezogen. Deshalb ist das Urteil enttäuschend für die Menschen in Gaza. Es gibt auch kein Minderheitsvotum eines Richters, welches einen Waffenstillstand fordert.

Alle Hoffnungen auf eine Einsicht Israels und einen Pfad zum Frieden am Horizont sind ebenso unrealistisch, wie die vergangenen Hoffnungen nach den zahlreichen Friedenskonferenzen nach Oslo 1993. Schon zwei Tage nach der Entscheidung meldete Gaza wieder 200 Tote. Jeden Tag werden immer noch über 100 Tote gezählt und fast

doppelt so viele Verletzte. Über 32.000 Tote, die unter den Trümmern verschütteten Leichen nicht mitgezählt, und über 74.000 Verletzte seit dem 7. Oktober 2023, und jeden Tag kommen mehr hinzu. Nichts hat sich seit der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs geändert.

Am 17. März 2022, also vor genau 2 Jahren, hatte das Gericht den sofortigen Stopp der russischen Invasion in die Ukraine verfügt. Russland hat sich nicht darum gekümmert. Wir aber müssen fragen: Warum haben die Richterinnen und Richter nicht auch jetzt für einen Waffenstopp wie im März 2022 gestimmt? In diesem seit Jahrzehnten schwelenden Krieg in Palästina ist keine der beteiligten Regierungen ohne Doppelmoral ausgekommen. Und jetzt muss sich auch der IGH diesen Vorwurf gefallen lassen – die Situation am 17. März 2022 war in der Ukraine nicht entfernt so dramatisch, katastrophal und verzweifelt wie am 26. Januar 2024 in Gaza.

Man könnte nun argumentieren, welchen Nutzen hätte eine verbindliche Entscheidung für einen sofortigen Waffenstillstand gehabt, wenn feststeht, dass Israel sie doch nicht befolgen würde? Sie wäre dennoch äußerst wichtig gewesen. In diesem Fall könnte Bundeskanzler Scholz z.B. sich nicht mehr auf seine bisher demonstrierte Überzeugung stützen, dass Israel die Regeln des humanitären Völkerrechts befolgt, Deutschland also weiterhin Waffen in den Krieg liefern könne. Gegen eine auch für Deutschland verbindliche Entscheidung zu handeln, muss ernsthaft überlegt werden – die BRD ist nicht die USA, die sich ohnehin wenig um das Völkerrecht kümmern.

Nach dieser Entscheidung, die den Krieg weiterlaufen lässt, haben weder die Bundesregierung noch die US-Administration sich gezwungen gesehen, ihre Waffenlieferungen aufzugeben. Die Genehmigungen für Waffenlieferung haben sich in Deutschland seit dem 7. Oktober verzehnfacht. Die Regierungen werden sich im Gegenteil legitimiert sehen, da kein Waffenstillstand verfügt worden ist. Unbeeindruckt hat Israel unmittelbar nach dem Urteil verkündet, dass die Armee in den Süden nach Rafah an der ägyptischen Grenze vorrücken werde, wo über 1,3 Mio. Menschen Zuflucht vor den Angriffen der israelischen Armee gesucht haben. Dort herrscht jetzt Panik. Im UN-Sicherheitsrat werden die USA jedoch aller Voraussicht nach alle Entscheidungen gegen Israel – z.B. für einen Waffenstillstand, – mit ihrem Veto abblocken. Eine weitere Entscheidung in der UN-Generalversammlung, die wahrscheinlich mit großer Mehrheit für einen Waffenstillstand votieren wird, ist jedoch unverbindlich - und der Krieg geht immer noch weiter.

„Die Hoffnung stirbt zuletzt“, heißt ein Satz. Dies Urteil konnte den Menschen in Gaza keine Hoffnung machen. Die Todeszahlen steigen unvermindert, die mangelnde Versorgung der überlebenden Bevölkerung hat sich zu einer Hungerkatastrophe mit steigenden Krankenzahlen bei vollkommen unzureichender Versorgung ausgeweitet. Von den 36 Krankenhäusern sind 24 zerstört, den letzten Kliniken fehlen Medikamente und Personal. Die Armee scheut sich nicht einmal, das Shifa- Krankenhaus, das größte der noch verbliebenen Krankenhäuser, anzugreifen – ein weiteres schweres Kriegsverbrechen.

Und Netanjahu wiederholt unbeeindruckt sein Ziel, die Hamas zu vernichten. Er lässt den Süden des Gazastreifens Tag ein Tag aus bombardieren, den er zuvor den Bewohnern von Gaza-City als Flucht- und Rückzugsgebiet aufgezwungen hat, um die Stadt in Schutt und Asche zu legen. Die Schutzmächte Israels, USA und BRD, begnügen sich mit Mahnungen zur Mäßigung und Beachtung des humanitären Völkerrechts und werfen Care-Pakete von oben ab, damit der Krieg unten weitergehen kann. Was für eine Perversität der Politik – und unseren Medien fällt das offenbar garnicht auf.

Die Anklage präsentiert der internationalen Öffentlichkeit nicht nur das absolute politische und moralische Desaster eines Staates, der seine ganze Legitimation selbst aus einem Völkermord, dem Holocaust, schöpft. Sie dokumentiert auch den Absturz all der politischen und moralischen Wertansprüche der Freunde Israels – insbesondere der USA und BRD -, das Scheitern einer bedingungslosen Unterstützung bis in den moralischen Untergang. Der Schaden für das Ansehen in der nichteuropäischen Welt ist jetzt schon spürbar. Was Kritiker für die USA feststellen: *„Bidens Name – und Amerikas Name – werden für immer mit dem verbunden sein, was wahrscheinlich einer der Lehrbuchfälle eines versuchten Völkermords wird“*, das muss man auch auf die Bundesregierung und Deutschland übertragen. Sie kann sich von der Verantwortung für diese Katastrophe sowohl für die palästinensische wie auch die israelische Gesellschaft nicht freisprechen.

Ein letztes: gibt es nicht doch noch etwas Positives zu diesem Urteil des IGH zu sagen? Der Prozess in Den Haag könnte eine notwendige politische Entwicklung fördern. Er hat jetzt noch viel deutlicher gemacht, dass, wie auch immer das Urteil über den Vorwurf des Völkermords aussehen wird, der Frieden zwischen den Völkern nur durch die Beendigung der Besatzung, den Rückzug der israelischen Armee und der Siedler, die nicht in einem palästinensischen Staat leben wollen, und die Anerkennung eines palästinensischen Staates in klar definierten und gesicherten Grenzen erreicht werden kann. Wenn der IGH mit seiner Entscheidung und dem weiteren Verfahren diesem Ziel den Weg gebahnt hat, gebührt der Dank der Regierung Südafrikas, die mit ihrer Klage den Internationalen Gerichtshof eingeschaltet und die Öffentlichkeit aufgerüttelt hat.